Meine Frau sagt: ist doch die beste für Wäsche und Haushalt. Triumph-Seife

— **Mittheilungen aus der Gesammtrathssitzung.** Im Einverständniß mit der Königl. Superintendentur Dresden I beschloß der Rath, für das zweite Halbjahr 1897 die Kirchen-Grundsteuer in der Kirchengemeinde Pieschen nach ½ Prozent des Grundsteuer-Reinertrags und die Kirchen-Einkommensteuer nach 5 Prozent der Staatseinkommensteuersätze zu erheben und zwar an den gleichen Terminen, wie die Gemeinde- und Schulanlagen. — Im Interesse der Herstellung einer besseren Verbindung des Kirchplatzes der Trinitatiskirche mit dem Platze G (zwischen Dürer-, Holbein-, Schumann- und Reißigerstraße) ist geplant, die Schumannstraße vom Platze G her nordwärts bis zum Kirchplatz geradlinig zu verlängern. Um die bauliche Erschließung der umfangreichen, in freier Bauweise zu bebauenden Landfläche zwischen Canalettostraße, Hähnelstraße, Comeniusstraße und Wintergartenstraße zu erleichtern, ist die Theilung dieses Baublocks angeregt worden, durch Einlegung einer Straße, welche vom Schnittpunkt der Canaletto- und Wintergartenstraße südostwärts läuft und auf die Hähnelstraße mündet. Endlich ist gelegentlich der Verhandlungen zwischen der Stadtgemeinde und der Ehrlich'schen Stiftung über einen Landaustausch an der Silbermannstraße in Aussicht genommen worden, die Silbermannstraße zwischen Dürer- und Gerokstraße auf 30 Meter zu verbreitern. Die Straßenstrecke soll mit einer Baumpflanzung ꝛc. ähnlich der Johann-Georgen-Allee versehen werden. Aus Anlaß dieser Neueinfügungen und Veränderungen von Straßen machen sich ebenfalls Abänderungen der Bauvorschriften für die davon betroffenen Bauflächen nothwendig. — Infolge der Durchführung der bauplanmäßigen Marienhofstraße in der vormaligen Flur Pieschen ist der alte Marienholzweg entbehrlich geworden und eingezogen worden. Vorschlagsgemäß genehmigt der Rath den Verkauf eines Theiles dieses alten Weglandes zum Preise von 10 Mk. für das Quadratmeter. — Bei der Berichterstattung über den Voranschlag auf 1897 für die Gasfabriken ist vom Finanzausschusse der Stadtverordneten dem Rathe die Erwägung einer Herabsetzung der Gaspreise für Dresden anheimgegeben worden. Der Gaspreis beträgt zur Zeit bei Abgabe an Private für Beleuchtungszwecke (seit der letzten Preisfestsetzung vom 1. Januar 1890 ab) 17 Pfg. für ein Kubikmeter, wobei noch Rabatte von 3 bis 20 Prozent gewährt werden, für Motorenbetrieb, sowie für Koch-, Heiz- und sonstige technische Zwecke, ferner für Küchenflammen (seit 1. Januar 1886) 12 Pfg. für ein Kubikmeter und für Flur- und Treppenbeleuchtung (seit 1. November 1886) gleichfalls 12 Pfg. für ein Kubikmeter. Für die Beschlußfassung kommt besonders Folgendes in Betracht: Ein Vergleich der hiesigen Gaspreise mit denjenigen in 20 deutschen Städten von über 100,000 Einwohnern ergiebt, daß in der Mehrzahl dieser Städte der Preis für Beleuchtungs- und für Kraftzwecke höher oder gleichhoch ist (in 8 bezw. 7 Städten niedriger). Hierzu kommt aber, daß in keiner dieser Städte der ermäßigte Gaspreis für Kraftmaschinen u. s. w. auch, wie hier, auf die Abgabe zur Flur- und Treppenbeleuchtung erstreckt wird und daß die niedrigeren Gaspreise hauptsächlich in rheinischen, westfälischen oder nordischen Städten anzutreffen sind, welchen die billigen westfälischen oder englischen Kohlen zur Verfügung stehen. Wenn danach die hiesigen Gaspreise jedenfalls nicht als unbillig hohe bezeichnet werden können, so ist doch die Thunlichkeit einer ferneren Herabsetzung der Gaspreise nicht ohne Weiteres von der Hand zu weisen, da die Gasfabriken erhebliche Ueberschüsse erzielen, welche in die städtischen Kassen zur Deckung der allgemeinen Bedürfnisse fließen. Demgegenüber darf jedoch nicht außer Betracht gelassen werden, daß die Preise für die zur Gasbereitung erforderlichen Kohlen in stetem Steigen begriffen sind und daß Gleiches bei den Arbeitslöhnen der Fall ist. Wenn dessen ungeachtet bis jetzt eine wesentliche Beeinträchtigung in der Erzielung von Betriebs-Ueberschüssen nicht zu verzeichnen gewesen ist, so ist dies besonders der stetig fortgeschrittenen Vervollkommnung der Betriebs-Einrichtungen zu verdanken. Hierin dürfte jedoch bald die Grenze erreicht sein, so daß auf eine weitere Ausgleichung der steigenden Arbeitslöhne und Kohlenpreise durch Ersparnisse in den Betriebskosten kaum noch gerechnet werden kann. Ferner ist nach Beobachtungen längerer Jahre mit Bestimmtheit darauf zu rechnen, daß sich die Durchschnittseinnahme für je 1 Kubikmtr. verkauftes Gas von Jahr zu Jahr weiter erniedrigen wird, da sich eine immer stärker auftretende Veränderung in der Verwendungsweise des Gases vollzieht. Während die zu dem ermäßigten Preise für Gasmaschinen, Koch- und Heizzwecke, sowie zur Flur- und Treppenbeleuchtung zur Abgabe gelangende Gasmenge fortgesetzt bedeutend wächst, befindet sich die Einnahme für Gas zu Beleuchtungszwecken, also für das Gas zu dem höheren Preise, infolge zunehmender Verwendung elektrischen und Gasglühlichts in stetem Rückgange. Nicht minder ist zu berücksichtigen, daß das von Jahr zu Jahr eintretende Anwachsen des Gasverbrauchs eine entsprechende Erweiterung der Gasfabriken erfordert, daß der Erweiterungsfonds der Gasfabriken zur Zeit nahezu erschöpft ist und daß deshalb die bisherige alljährliche Ueberweisung eines Theiles der Ueberschüsse an diesen Fonds, sowie an den Erneuerungsfonds eher eine Steigerung erfahren möchte, jedenfalls aber eine Verminderung nicht vertragen würde. Nach den Ermittelungen des muthmaßlichen Gasbedarfs im Jahre 1898 für Abgabe an Private zu Beleuchtungs-, Kraft-, Koch-, Heiz-Zwecken u. s. w., sowie zur Flur- und Treppenbeleuchtung würde eine Herabsetzung des Gaspreises um 1 Pfg. für 1 Kubikmtr. einen Ausfall in den Einnahmen des Jahres 1898 von rund 228,660 M. bedeuten. Entgegen dem Vorschlage des Beleuchtungsausschusses, welcher eine Preisermäßigung in dieser Höhe, um 1 Pfg. für 1 Kubikmtr., empfiehlt, beschloß der Rath nach dem Gutachten seiner 2. Abtheilung, eine Herabsetzung der Gaspreise zur Zeit **nicht eintreten zu lassen**, jedoch sich vorzubehalten, im nächsten Jahre in eine erneute Prüfung der Sache einzutreten.

— In dem weiteren Verlaufe der Verhandlungen des 10. Verbandstags des **Sächsischen Innungs-Verbands** in **Plauen** i. V. berichtete Herr Tischlermeister Zimmer-Dresden über die Kreditgenossenschaften und das Handwerk. Letzteres habe im Gegensatz zu der Landwirthschaft von der durch das Gesetz vom Jahre 1889 gegebenen Möglichkeit der Errichtung von Kreditgenossenschaften noch sehr wenig Gebrauch gemacht, obwohl das Bedürfniß, seitdem die im Prinzipe von Schulze-Delitzsch errichteten Spar- und Vorschußvereine in große finanzielle Unternehmungen umgewandelt worden seien, vorliege. Um die Errichtung solcher Genossenschaften zu erleichtern und das Handwerk zu unterstützen, habe die preußische Regierung die Darleihung von 20 Millionen Mark zu 3 Prozent beschlossen. Aus gleichem Grunde sei auch die sächsische Regierung bereit, 2 bis 3 Millionen Mark zu leihen, und zwar zu dem billigen Zinsfuß von 1½ Prozent. Die Errichtung von Kreditgenossenschaften müsse unter den Handwerkern Fleisch und Blut werden; es gehörten zur Errichtung je einer solchen für je einen Amtsgerichtsbezirk nur sieben willige Männer. Die Ausführungen fanden allgemein Anklang. Ueber die Besteuerung der Konsumvereine, Filialen ꝛc. berichteten die Vorstandsmitglieder Obermeister Jung-Zwickau und Obermeister Klahre-Bautzen. Ersterer bedauerte, daß die Anwendung des von den sächsischen Ständekammern fast einstimmig gefaßten Beschlusses betreffs der Belegung der Konsumvereine mit einer Umsatzsteuer von 2 Prozent der Willkür der einzelnen Gemeinden überlassen worden sei. Immerhin fühle er sich zu einem Danke gegen die Gesetzgebung veranlaßt. Herr Klahre wies im Allgemeinen darauf hin, daß durch die Konsumvereine schon viele Existenzen vernichtet, viele glückliche Familienleben zerstört worden seien. Die Umsatzsteuer sei nicht im Stande, die Zahl der Konsumvereine und ihre Ausbreitung einzuschränken. Leider seien die Konsumvereine auch unter den Bauern recht beliebt geworden; diese bedächten nicht, daß es ohne einen kräftigen Mittelstand auch keinen gesunden Staat gäbe. Auch gegen die Offiziers-, Wirthschafts- und Beamtenvereine wendete sich Redner. Sehr zu empfehlen sei die Einschränkung der Verkaufsstellen der Konsumvereine. Das Protokoll über diese Aussprache wird der Regierung zur Kenntnißnahme unterbreitet werden. Beschlossen ward ferner, eine Petition der Barbier- und Friseur-Innung zu Chemnitz an die sächsische Staatsregierung, daß im Barbier- und Friseur-Gewerbe Sonn- und Feiertags mit der Entlassung der Gehilfen und Lehrlinge (2 Uhr Nachmittags) auch der Ladenschluß zu erfolgen habe, zu unterstützen. Nach dem Berichte des geschäftsführenden Vorstands gehören jetzt zu dem Verbande 291 Innungen mit 11,750 Mitgliedern. Im Jahre 1896/97 betrug die Einnahme 1460,45 Mark, die Ausgabe 1281,18 Mark, Mehreinnahme 179,27 Mark. Der Kassenbestand hat sich auf 1974,15 Mark erhöht. Als Sitz des Verbandsvorstands wird wieder Dresden bestimmt, desgleichen werden die ausscheidenden Vorstandsmitglieder einstimmig wiedergewählt. Als Ort für den nächsten Verbandstag ward Rochlitz bestimmt. Herr Vorsitzender Stadtrath Schröer schloß nach den Dankesworten den Verbandstag mit einem Hoch auf Se. Majestät den König Albert. Nachmittags unternahmen die Herren einen Ausflug nach der Vogtländischen Schweiz.

— **Das städtische Volksbad zum Lämmchen auf der Annenstraße hat vom ersten Tage seines Bestehens an großen Anklang bei der ärmeren Bevölkerung gefunden und erfreut sich steigender Beliebtheit auch in bemittelteren Volksschichten.** Es wird an den gewöhnlichen Wochentagen durchschnittlich von 2- bis 300 Personen, am Sonnabend in der Regel von 8- bis 900 Badegästen besucht. Diesen Erfolg verdankt das Bad nicht allein seinen mäßigen Preisen — für das Wannenbad werden 25 Pfennige, für ein Brausebad 10 Pfennige einschließlich Seife und Handtuch berechnet —, sondern auch seiner peinlichen Sauberkeit und den bequemen Einrichtungen, was Regulirung der Wassertemperatur, Beleuchtung, Mobiliar u. s. w. anlangt. Die große volkswirthschaftliche Bedeutung der Reinhaltung des Körpers und die mit temperirten Bädern verbundenen hygienischen Vortheile können nicht genug dem großen Publikum angepriesen und vor Augen geführt werden, denn nur im gesunden Leib wird ein gesunder Geist wohnen. Bei dem guten Gelingen dieses ersten derartigen Unternehmens seitens der Stadt darf wohl nunmehr darauf gerechnet werden, daß auch in anderen Stadttheilen, speziell der Neustadt, bald ähnliche Volksbäder in mindestens gleichgroßem Umfange entstehen.

— Anläßlich des in **Mittweida** stattfindenden 11. Sächsischen **Gastwirthstags** ist in einer Anzahl Säle des Technikums eine „Ausstellung für das Gastwirthsgewerbe und heimische Industrie-Erzeugnisse" veranstaltet worden, deren feierliche Eröffnung am 25. d. M. stattfand. Der Ehrenvorsitzende der Ausstellung, Herr Bürgermeister Apelt, wies darauf hin, daß es nach einem Zeitraum von 18 Jahren möglich sei, in den sonst der Wissenschaft gewidmeten Räumen wiederum eine Ausstellung abzuhalten. Wenn diese Ausstellung sich auch nicht messen könne mit ähnlichen Veranstaltungen, an denen die Industrie des ganzen Landes oder des ganzen Reiches sich betheiligte, so zeige sie doch in verkleinertem Maßstabe, daß die heimische Industrie und das heimische Gewerbe nicht zurückgegangen sei. Zum Schluß dankte der Redner allen Personen, die am Zustandekommen der Ausstellung geholfen haben, und schloß mit dem Wunsche, daß sie für alle Besucher reiche Anregung, für die Aussteller den erhofften materiellen Erfolg haben möge. Die Ausstellung ist von 72 Firmen der verschiedensten Branchen beschickt. Am 27. ds. M. besichtigten viele der Theilnehmer die mechanische Kratzenfabrik daselbst. Eine andere Abtheilung der Festtheilnehmer besuchte die Stuhlfabrik von Winkler und Sohn Nachf. Mittags ½12 Uhr begann im Saale von Stadt Chemnitz die Verbandssitzung, zu der Herr Dr. Hallbauer erschienen war. Einen wichtigen Punkt der Tagesordnung betraf einen Antrag des 1. Vereins Dresdner Gast- und Schänkwirthe, welcher bezweckt, eine Petition beim Ministerium bez. Landtag einzureichen gegen die Verordnung, wonach Wirthen verboten ist, **Steuerrestanten** etwas zu verabreichen, oder daß die Wirthe, denen aus der Befolgung behördlicher Verordnungen Schaden erwächst, entschädigt werden. Nach längerer Aussprache wurde ein Antrag des Referenten Wielisch-Dresden angenommen, welcher den Gesammtvorstand mit Absendung einer Petition beauftragt, um einen Beschluß des Landtags herbeizuführen, durch welchen den Behörden untersagt wird, Steuerrestanten öffentlich bekannt zu machen. Ein Antrag auf Errichtung einer Haftpflichtversicherung ward angenommen. Ferner soll dem Bunde deutscher Gastwirthe in Erwägung gegeben werden, wie dem Mangel an weiblichem Gasthauspersonal zu begegnen sei. Die Verhandlungen werden heute fortgesetzt.

— Seitens des Organisations-Komitees für den 12. Internationalen **Medizinischen Kongreß** in **Moskau** wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Gesuche um Freikarten auf den russischen Eisenbahnen, falls sie noch auf Berücksichtigung rechnen sollen, bis spätestens zum 1. August bei dem Generalsekretär des Kongresses, Prof. K. W. Roth in Moskau, angebracht werden müssen; genaue Angabe der Reiseroute ist dabei nothwendig. Bis zum gleichen Tage nimmt auch der 1. Schriftführer des Deutschen Reichs-Komitees, Prof. Dr. C. Posner, Berlin SW., Anhaltstraße 7, Meldungen um Freikarten zur Uebermittelung nach Moskau entgegen.

— Das rühmlichst bekannte **Waldhornquartett** vom Königl. Hoftheater in **Hannover** wird demnächst im Verein mit dem Pistonvirtuosen Berthold Richter vom herzoglichen Hoftheater zu Braunschweig im Wiener Garten concertiren.

— Zu Ehren der seit Sonntag Abend in **Leipzig** weilenden Mitglieder des Niederösterreichischen Gewerbevereins in Wien fand am 26. d. M. im Hauptrestaurant der Ausstellung ein Festbankett statt, in dessen Verlaufe der Präsident des Vereins, Herr Hayle, mit herzlichen Worten des hohen Protektors der Ausstellung, Sr. Majestät des Königs Albert, gedachte, worauf der Vorsitzende des geschäftsführenden Ausschusses, Herr Stadtrath Dodel, mit einem Hoch auf Se. Majestät den Kaiser Franz Josef von Oesterreich antwortete. Hierauf wurde auf Anregung des Vereins beschlossen, Huldigungstelegramme an beide Monarchen abzusenden, worauf von dem Hoflager zu Pillnitz und dem Hoflager zu Ischl folgende Antworten eintrafen: „Ich danke dem Niederösterreichischen Gewerbe-Verein Wien herzlich für den mir zugegangenen freundlichen Gruß. Albert." „Se. Majestät haben von der dargebrachten Huldigung mit besonderem Wohlgefallen Kenntniß genommen und sprechen den Festtheilnehmern mit den besten Wünschen für den Erfolg der Ausstellung Allerhöchst Ihren Dank aus."

Fortsetzung des örtlichen Theiles auf Seite 4 und 9.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. In Sachen der Vereinsgesetznovelle schreiben die „Hamb. Nachr.": „In der „Post" wird die Ansicht vertreten, das Scheitern der Vereinsgesetznovelle in der letzten Sonnabendsitzung des preußischen Abgeordnetenhauses sei nicht sowohl durch die Ueberzeugung von der Unzweckmäßigkeit der vorgeschlagenen Bestimmungen, als durch äußere Umstände verschiedener Art, insbesondere auch parteitaktische Erwägungen herbeigeführt worden. Das glauben wir auch. Mit Recht behauptet ein energisch für die Vorlage eintretendes Blatt, daß bei geheimer Abstimmung deren Annahme unzweifelhaft erfolgt wäre. Schon diese Thatsache weist auf die unbedingte Nothwendigkeit hin, es bei diesem erstmaligen vergeblichen Anlaufe nicht bewenden zu lassen. Daß von diesem Landtag in der nächsten Session ein anderes Votum zu erlangen wäre, darf allerdings als gänzlich ausgeschlossen betrachtet werden, und die Regierung, wenn sie sich nicht einer zweiten Niederlage aussetzen will, müßte zur Auflösung schreiten. Aber dagegen sprechen triftige Gründe allgemein politischer Natur; auch das neue Haus wurde keine besseren, sondern womöglich noch ungünstigere Chancen bieten. Mithin bleibt als Appellinstanz nur der Reichstag übrig, dessen Zusammensetzung freilich von der Art ist, daß die Regierung zweifellos auch von ihm eine bedingungslose Abweisung zu gewärtigen haben würde. Aber wenn die Regierung nicht auf die Bekämpfung der Sozialdemokratie verzichten will und dabei den Widerstand der parlamentarischen Majoritäten im Reiche wie in Preußen zu brechen hat, so erscheint es uns doch naturgemäß, daß sie sich das Terrain aussucht, wo die streitige Sache ihrer Natur nach hingehört und wo die Folgen einer wiederholten Niederlage verhältnißmäßig nicht so bedenklich sein würden. Wir würden es für richtig halten, wenn die Regierung das preußische Abgeordnetenhaus jetzt sich selbst überließe, demnächst im Reichstag ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie einbrächte und dieses mit voller Energie und ohne Konfliktsscheu durchdrückte. Nach den Erklärungen, die Herr v. d. Recke bezüglich Auffassung der Regierung von der Gefahr der Sozialdemokratie gegeben hat, muß die Regierung den Kampf gegen diese Partei nunmehr mit allen staatlichen Machtmitteln aufnehmen, wenn sie sich nicht dem Vorwurf eines Mangels an Pflichtbewußtsein aussetzen will. Führt dabei ein energischer und begabter Staatsmann den Kampf, und sieht die Bevölkerung, daß die Regierung ohne Schwanken und unerschrocken auf ihr Ziel losgeht, dann werden vielleicht auch die Nationalliberalen mit den Konservativen eine kompakte Majorität zur Stütze der Regierung."

Der Kaiser ist nach guter Fahrt gestern Vormittag in Bergen eingetroffen.

Ueber die Lebensweise des Kaisers und seiner Umgebung auf der „Hohenzollern" erfährt ein Berliner Blatt Folgendes: Der Kaiser verkehrt mit den Herren seines Gefolges, als ob sie Alle seinesgleichen wären. Am Bord der Yacht nimmt er oft den Arm eines seiner Herren und spaziert mit ihm in angenehmer Unterhaltung auf und ab. Er liebt heitere Gesellschaft und harmlose Vergnügungen. Während er auf einer Yachttour im Norden war, begab er sich oft mit seinem Gefolge nach einem abgelegenen Orte, und dann waren die Seemöven oft Zeugen davon, daß der Herrscher eines mächtigen Reiches und seine Begleiter sich die Schuhe und Strümpfe auszogen, um im seichten Wasser zu plätschern und Steine die Oberfläche entlang zu werfen. Auch die Matrosen müssen zur Unterhaltung des hohen Herrn beitragen. Sie sind Alle sorgsam ausgewählt und zeichnen sich nicht nur durch ihre allgemeinen Fähigkeiten und durch ihr gutes Betragen aus, sondern besitzen auch besondere Talente als Schauspieler und Kunststückmacher. Einige von ihnen sind gute Akrobaten und Jongleure, während ein Anderer, als Mädchen verkleidet, sich durch seine humoristischen Gesänge großen Beifall erwirbt. Da der Kaiser selbst Sports aller Art liebt, so ermuthigt er sie auch unter seinen Leuten. Er veranstaltet oft unter seiner Mannschaft Wettläufe und Wettfahrten und ertheilt als Preise Medaillen, die eine passende Inschrift tragen. Der Kaiser nimmt an Allem, was seine Mannschaft angeht, großes Interesse; es ist daher kein Wunder, daß sie ihm höchst ergeben ist. Bestrafungen kommen recht selten vor. Der Kaiser spricht sehr oft mit seinen Leuten, während sie bei der Arbeit sind. Der Monarch kostet die Nahrung seiner Leute zur Mittagszeit. Oft kommt er in die Küche und überrascht den Koch, um zu sehen, daß seine Mannschaft gut beim Essen fährt. Wenn Bohnen auf dem Speisezettel angekündigt sind, wird immer ein Gericht davon für ihn aufgehoben, denn Bohnen sind des Kaisers Leibgericht. Sonntags leitet der Herrscher den Gottesdienst selbst. Er sagt die Gebete, liest aus der Bibel vor und verliest dann aus einem geschriebenen Buche eine von einem hohen Geistlichen verfaßte kurze Predigt. Nachdem die Leute ihre Dienstzeit vollendet haben, findet er für sie passende Anstellungen.

Der neue Regent des Fürstenthums Lippe, Graf zur Lippe-Biesterfeld, hat den Landtag mit nachstehender Ansprache eröffnet: „Hochgeehrte Herren! Ein für mich und mein Haus und, wie ich hoffe, auch für mein geliebtes Stammland hocherfreuliches Ereigniß, die Beendigung des Thronstreites, führt Sie heute hier zusammen. Das unter dem Vorsitze Sr. Majestät des Königs von Sachsen gebildete Schiedsgericht hat in seinem am 22. Juni d. J. gefällten Schiedsspruche, welcher inzwischen seinem ganzen Wortlaute nach durch die Gesetzsammlung veröffentlicht worden ist, mein Recht auf die dereinstige Thronfolge und damit zugleich mein Recht auf die Regentschaft im Fürstenthum Lippe in unanfechtbarer Weise anerkannt. Alsbald nach Zustellung dieses Schiedsspruchs habe ich durch meinen Erlaß vom 9. d. M., welcher am 10. d. M. durch Abdruck in Nr. 16 des Gesetzblattes zur allgemeinen Kenntniß gebracht worden ist, auf Grund des Regentschaftsgesetzes vom 24 April 1895 die Regierung dieses Landes als Regent im Namen Sr. Durchlaucht des Fürsten Karl Alexander angetreten. Das im § 8 desselben Gesetzes vorgesehene eidliche Gelöbniß habe ich am 21. d. M. mittelst Unterschreibens der die Eidesnorm enthaltenden Eidesformel in Gegenwart des mit der Führung der Ministerialgeschäfte betrauten Beamten, des Vicepräsidenten des Landtags, des Landgerichtspräsidenten und des Direktors der Fideikommißverwaltung abgelegt. Die hierüber sprechende Urkunde wird Ihnen noch heute durch mein Kabinetsministerium zugehen. Der mehrjährige Streit um die Thronfolge und Regentschaft hat nunmehr endgiltig seinen Abschluß gefunden. Es drängt mich, dem Allmächtigen dafür auch an dieser Stelle aus tiefstem Herzensgrunde meinen demüthigen Dank darzubringen, zugleich aber Ihnen, meine Herren, es anerkennend auszusprechen, daß Ihrer sachlichen und festen Haltung in der Thronfolgefrage es nicht zum Geringsten mit zu verdanken ist, daß Recht Recht geblieben ist, und daß wir wieder einer ruhigen Entwickelung der Verhältnisse entgegensehen dürfen. Ich knüpfe hieran den Ausdruck der Hoffnung, daß fortan alle Zerwürfnisse, aller Zwiespalt der Gemüther, aller Hader, welche der Thronfolgestreit erregt hat, aufhören und vergessen sein möge, und die in Folge desselben entstandenen Parteien sich zum gemeinsamen friedlichen Wirken für des Landes Wohl versöhnt die Hände reichen werden. Im Hinblick auf die augenblicklich im Gange befindlichen Erntearbeiten, welche, wie ich annehme, die meisten von Ihnen nach Haus zurückrufen, verzichte ich für jetzt darauf, Ihre Zeit durch Gesetzes- oder andere Vorlagen länger als unbedingt nothwendig in Anspruch zu nehmen. Ich will daher nur noch das dringende Ersuchen an Sie richten: seien Sie mir behilflich, das eben angegebene Ziel zu erreichen."

Zu der bereits gestern an anderer Stelle zurückgewiesenen angeblichen Absicht der leitenden Kreise der konservativen Partei, in Herrn v. Helldorff ein Gegengewicht gegen den zu großen Einfluß des Bundes der Landwirthe und einen Vertheidiger der „grundlegenden Prinzipien der konservativen Partei" zu gewinnen, schreibt die „Kreuz-Ztg.": „Daß derartige Erwägungen innerhalb der konservativen Partei, sei es in ihren leitenden Kreisen oder in ihrer parlamentarischen Vertretung, irgendwie stattgefunden hätten, davon ist uns nichts bekannt. Wohl aber wissen wir, daß in Privatgesprächen erwähnt wurde, Herr v. Helldorff-Bedra beabsichtige, für den nächsten Reichstag zu kandidiren. Sollte er gewählt werden, so steht ihm, wie Jedem, der sich zu dem Parteiprogramm der Deutschkonservativen vom Dezember 1892, das eben die grundlegenden Prinzipien der Partei enthält, bekennt, der Zutritt zur konservativen Fraktion des Reichstags offen. Ob es sehr geschickt ist, Herrn v. Helldorff schon gleich von vornherein als den zukünftigen Führer der Fraktion, der sie aus den Schlingen des Bundes der Landwirthe retten solle, zu signalisiren, dürfte freilich mehr als zweifelhaft sein."

Die „Köln. Ztg." bringt in Sachen der griechischen Kriegsentschädigungsfrage eine offiziöse Auslassung, in der erklärt wird, die deutsche Regierung werde nur einer solchen Regelung zustimmen können, die der Turkei die Zahlung seitens Griechenlands in unanfechtbarer Weise verbürge. Der Standpunkt „mehrerer Mächte", unter ihnen auch Deutschlands, gehe dahin, daß die Räumung Thessaliens nicht eher verlangt werden könne, als bis die Kriegsschuld beglichen sei.

Ueber den „Sonderkurs im Kultusministerium" schreibt die „Post" mit bemerkenswerther Schärfe: „In der Sonnabendsitzung des Abgeordnetenhauses hat der Minister des Innern mit großem Nachdrucke die Nothwendigkeit betont, von Seiten des Staates die Sozialdemokratie wieder klar als die Todfeindin der Monarchie, des Staates, unserer ganzen Staats- und Rechtsordnung zu kennzeichnen und so die noch nicht dem Banne ganz verfallenen Opfer der sozialdemokratischen Propaganda zur Ein- und zur Umkehr zu bewegen. Wie ist mit jener von dem Minister des Innern kundgegebenen Auffassung der Regierung die Thatsache vereinbar, daß in dem Lehrkörper der Berliner Universität ein Dozent geduldet wird, welcher, wie Dr. Arons, nicht bloß notorisch Sozialdemokrat ist, sondern sich auch ostentativ an der sozialdemokratischen Agitation betheiligt. Herr Dr. Bosse hatte die Unthätigkeit der Regierung bei der Etatsberathung im Abgeordnetenhause durch die Behauptung zu erklären gesucht, daß Dr. Arons seit der ihm von der philosophischen Fakultät ertheilten Warnung nicht mehr an der sozialdemokratischen Propaganda sich betheilige. Er ist inzwischen nicht nur auf die herausfordernde Erklärung des „Vorwärts", daß Dr. Arons nicht entfernt daran denke, sich von der Agitation fernzuhalten, hingewiesen worden, sondern er hat sich auch aus der Meldung der öffentlichen Blätter über Dr. Arons agitatorische Thätigkeit überzeugen können, wie völlig irrthümlich jene von ihm aufgestellte Behauptung war. Seitdem ist über ein Vierteljahr in's Land gegangen. Es wäre mehr als reichlich Zeit gewesen, die geplante Vorlage wegen der Disziplinarverhältnisse der Privatdozenten zur Verabschiedung zu bringen. Aber die Unterrichtsverwaltung hat an so etwas nicht gedacht, sie steuert vergnügt einen ganz anderen Kurs weiter, als ihn der Minister des Innern Namens der Staatsregierung vorgezeichnet hat. Und zwar nicht entfernt allein in dem Falle Dr. Arons! Die Regierung verlangt schärfere Waffen gegen die sozialdemokratischen Wühlereien; mit Nachdruck wird namentlich das vitale Interesse betont, welches das Reich an der Bewahrung unseres Heeres, des stehenden Heeres, wie der Landwehr und Reserve, vor sozialdemokratischer Verseuchung hat, und der Minister des Innern hat die Größe der Gefahr einer solchen gerade als besonders gewichtiges Argument für die Vereinsvorlage in's Treffen geführt. Der Herr Kultusminister aber beruft an die Universität Berlin einen Dozenten, welcher es als seine vornehmste Aufgabe betrachtet, der studirenden Jugend die gänzliche Ungefährlichkeit der Sozialdemokratie zu demonstriren! Erscheint die Berufung des Herrn Dr. Reinhold auch unter anderen Gesichtspunkten als ein arger Mißgriff, so ist die Wahl eines Mannes, welcher dieses Programm für seine akademische Lehrthätigkeit proklamirt hat, in dem gegenwärtigen Moment geradezu verletzend für die Parteien, welche die Regierung in dem Kampfe um das Vereinsgesetz unterstützt haben. Namentlich muß das Herrenhaus bei seiner auch bei dieser Gelegenheit energisch bekundeten Stellung zur Sozialdemokratie diese Berufung geradezu als eine Beleidigung empfinden. Ob der Mißgriff aus Unkenntniß der Person und der Anschauungen des Herrn Dr. Reinhold oder aus anderen Gründen erfolgt ist, thut zur Sache wenig. Unbestreitbar steht sie in unlösbarem Widerspruch mit derjenigen Gesammtauffassung der Regierung, von welcher ihre Aktion auf dem Gebiete der Vereinsgesetzgebung getragen war. So geht es nicht weiter; dieser Sonderkurs der Kultusverwaltung ist das direkte Gegentheil von Geschlossenheit und Einheitlichkeit in der Regierung, und diese wird, wenn sie nicht derartige Widersprüche in ihrem Schooße beseitigt, niemals das Maß von Ansehen und Vertrauen erlangen können, welches die erste und nothwendige Voraussetzung für eine erfolgreiche Durchführung der Politik der Sammlung der produktiv thätigen Elemente der Bevölkerung bildet."